

Reden

**von Prof. Dr. Michael Minkenberg
und
Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter**

**zur Abschiedsvorlesung
von Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter**

**an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg
am 19.4.2007**

Univ.-Prof. Dr. Michael Minkenberg

Professor für vergleichende Politikwissenschaft an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt
(Oder)

**Abschiedsveranstaltung für Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter
am 19.4.2007**

**„Citoyen als Wissenschaftler – zur Verabschiedung von Professor Dr.
Wolfgang Gessenharter“**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Nach der Begrüßung durch den Dekan fällt mir nun die außerordentliche Ehre zu, eine Würdigung des zu Verabschiedenden vorzunehmen. Dies tue ich mit großer Freude, denn die Lebenswege von Wolfgang Gessenharter und mir haben sich seit ziemlich genau 25 Jahren immer wieder und immer sehr intensiv gekreuzt. Lassen Sie mich daher mit einem persönlichen Einstieg beginnen.

Im April 1982 bekam ich von einem alten Schulfreund, der inzwischen an der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg studierte, eine Einladung, an einem Wochenend-Seminar teilzunehmen, und zwar auf der Elbinsel Krautsand. Ich muss dazu sagen, dass mein Bild von der Bundeswehr zu der Zeit stark von meinen wenig erbaulichen zweijährigen Erfahrungen als freiwilliger Soldat im Mannschaftsdienstgrad getrübt war. Die vielgepriesene Idee des Staatsbürgers in Uniform stellte sich mir als schönes, gutes, aber wenig wahres Ideal dar, weit ab von der Realität des Truppenalltags und dem Verhalten meiner Vorgesetzten. Als ich in Krautsand ankam, war ich – inzwischen Heidelberger Student der Politikwissenschaften – auf Vieles vorbereitet. Nur nicht auf das, was ich dort erlebte. Ich traf auf eine kleine Gruppe hochmotivierter und gut vorbereiteter Studenten, die auf einem beachtlichen argumentativen Niveau und mit analytischem Klarblick die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik auf der Basis politikwissenschaftlicher Grundlagenliteratur kritisch diskutierten. Ich traf auf Offiziersanwärter, die es intellektuell und in ihrer Diskussionskultur mit meinen Heidelberger Kommilitoninnen und Kommilitonen durchaus aufnehmen konnten. Und ich traf auf

denjenigen, der einen erheblichen Anteil daran hatte, dass dies so war: Wolfgang Gessenharter. Ich erlebte einen Seminarleiter, der sehr engagiert die Diskussion leitete und alle Beteiligten zu spannenden Einsichten brachte, der mit großem didaktischem Geschick den Dialog und das Hinterfragen in der Gruppe immer wieder vorantrieb, wenn es einmal stockte oder allzu bequeme Antworten als Abkürzung der Auseinandersetzung gesucht wurden. Hier war jemand, der offenbar trotz seiner inzwischen neunjährigen, sicher nicht immer ermutigenden Erfahrung an dieser Hochschule, mit diesen Studenten nicht nur nicht den Glauben an den Staatsbürger in Uniform verloren hatte, sondern praktisch und intellektuell daran arbeitete, dieses Ideal Realität werden zu lassen.

Ich glaube, lieber Wolfgang, dass ich Dir nicht zu nahe getreten bin, wenn ich zum Auftakt diesen kleinen und persönlichen Rückblick auf unser Zusammentreffen auf Krautsand gewählt habe, denn er wirft ein bezeichnendes Licht auf Deine Persönlichkeit, die Dich als Hochschullehrer im besten Sinne auszeichnet. Du hast das Ideal des Staatsbürgers in Uniform für Dich schon früh uminterpretiert: als Staatsbürger im Professorengewand, als Citoyen und Aufklärer im Dienste der Wissenschaft und der Gesellschaft, und natürlich auch der Bundeswehr, hast Du Deine Stelle an dieser ungewöhnlichen Hochschule definiert.

Wolfgang Gessenharters Engagement für die intellektuelle und persönliche Reifung seiner Studenten und für das akademische Umfeld, in dem sie ausgebildet wurden; seine mitunter recht unkonventionelle Art, durch gemeinsame Aktivitäten, sei es auf einer Elbinsel oder in seiner Buxtehuder Küche, im unermüdlichen Gespräch und Weiterfragen politikwissenschaftliche, gesellschaftsrelevante oder lebenspraktische Erkenntnisse zu erzielen oder auch einmal den Weg aus einem tiefen Tal der Orientierungslosigkeit in der Mitte eines Promotionsvorhabens heraus zu finden; sein erfolgreiches Bemühen, zwischen ihm und seiner Umgebung ein starkes Vertrauensverhältnis aufzubauen und damit auch das Vertrauen der Studenten, Doktoranden und Mitarbeiter in sich selbst zu stärken - all dies wird allen, die mit ihm in dieser Weise zu tun hatten, immer in Erinnerung bleiben. Und daran hat sich, so weiß ich von Augenzeugen, von denen einige hier anwesend sind, bis in die jüngste Zeit nichts geändert.

Das Engagement für seine Umwelt charakterisiert aber auch den Forscher Gessenharter, der sein Studium in München im Jahre 1961 zunächst in den Fächern Latein und katholische Theologie begann, dann aber nach zwei Jahren in Freiburg sozusagen säkularisierte und im

Fach Politikwissenschaft fortsetzte. Vor und nach seiner Promotion 1972 arbeitete er bei Dieter Oberndörfer als wissenschaftlicher Assistent, bevor er im Sommer 1973 den Ruf auf die Professur für Politikwissenschaft, insbes. Politische Theorie, an der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg erhielt. Von Anfang an war Wissenschaft für Wolfgang Gessenharter kein vom Rest der Gesellschaft abgekoppeltes Subsystem, das nach einer ihm und nur ihm eigenen Logik funktionierte – um an dieser Stelle einen Begriff aus der Wolfgang Gessenharter wohlvertrauten Systemtheorie zu verwenden. Vielmehr interessierte ihn daran – und hier finden sich Spuren der Faszination, die Eric Voegelin in München und später der Ansatz von Arnold Bergstraesser auf Gessenharter ausübten – stets die praxisrelevante Seite dieser Tätigkeit, d.h. die Möglichkeit, mit Hilfe der methodischen Analyse von Realität und auch von Normen für die politische Praxis Fundamente legen zu können. Gerade die auf den ersten Blick recht weltfern erscheinende kybernetische Systemtheorie von Karl Deutsch, mit der sich der werdende Wissenschaftler Gessenharter in Freiburg zunehmend beschäftigte, lenkte sein Interesse auf den Nexus von Theorie und Praxis. Deutschs Ringen um eine nachprüfbar, differenzierte und komplexe Theorie, die dann auch in politisch-praktisch bedeutsame Forschungsarbeiten mündete, etwa zu Mobilisierungsthemen, zu Integrationsfragen u.ä., wurde für Gessenharter wohl der wichtigste Leitfaden seiner wissenschaftlichen Betätigung, gemäß dem von ihm gewählten Motto: „Es gibt nichts praktischeres als eine gute Theorie“. Bezeichnenderweise war das Thema seiner Doktorarbeit die „soziale Umwelt“, in der er überprüfte, wie gut dieser für eine groß angelegte Sozialwissenschaft wichtige theoretische Begriff „soziale Umwelt“ bereits ausgearbeitet war. Weder der damalige Luhmann noch die Frankfurter Schule konnten Gessenharter überzeugen. Eher waren es vergleichende empirische Arbeiten, z.B. über stabile bzw. turbulente „environments“ in der Organisationssoziologie, von politischen Akteuren und Institutionen. So kam Gessenharter zur politischen Kulturforschung, die übrigens auch das Thema des Workshops auf Krautsand war.

Die vorläufige Kulmination dieser Bemühungen war dann die 1978 publizierte Studie, die ihn und seine Koautoren mit einem Schlag weit über die Grenzen der Wissenschaft hinaus bekannt machte. Sie entstand aus seiner Mitarbeit an einer Studie zum Thema: „Ist friedlicher Wandel in Südafrika möglich?“ am Arnold-Bergstraesser-Institut (ABI) in Freiburg. Gessenharters Aufgabe war dabei die empirische Überprüfung der Skalen insbesondere zu Fremdgruppenvorurteilen und Datengewinnung durch Befragung der Studenten an der Hochschule der Bundeswehr. Durch Hinzufügung von Demokratie- u.a. einschlägigen Skalen

entstand der Datensatz zu der Studie mit dem opulenten Titel „Rechtsextremismus als normativ-praktisches Forschungsproblem – eine empirische Analyse der Einstellungen von studierenden Offizieren der Hochschule der Bundeswehr Hamburg sowie von militärischen und zivilen Vergleichsgruppen“. Das Ergebnis war u.a., dass unter den Studenten an der Hamburger Bundeswehrhochschule ca. 10 Prozent rechtsautoritäre und antidemokratische Einstellungen hatten. In der Wissenschaft war die Reaktion fast einhellig positiv. Ich zitiere aus der Politischen Vierteljahresschrift: „Festzuhalten bleibt, daß Wolfgang Gessenharter und seinen Mitautoren ... eine methodisch ausgefeilte, empirisch gut fundierte Untersuchung gelungen ist, die weit über dem Durchschnitt vergleichbarer Arbeiten liegt; wegen ihrer vorbildlichen Transparenz bietet sie eine nahezu ideale datenbezogene Einführung in den empirischen Forschungsprozeß. An den meisten Kernaussagen dieser Untersuchung ist nicht zu zweifeln“ (J. Falter, in: PVS Literatur 1/1980, S. 76). So oder ähnlich klangen die Rezensionen, welche namhafte Kollegen in renommierten Fachzeitschriften anfertigten.

Ganz anders dagegen das Medienecho, insbesondere in der konservativen Presse, die in der Studie einen Beitrag zu einem Angriff auf die Bundeswehr sah: auch dies möchte ich mit Zitaten illustrieren: In der „Welt“ (31.10.78) war zu lesen: „Wer den systematischen Aufbau von Vorurteilen in der Praxis studieren will, der sollte die jüngsten Veröffentlichungen über die Bundeswehr sammeln... Dazu wird eine obskure ‚wissenschaftliche‘ Untersuchung aufgewärmt, die Rechtsextremismus in der Bundeswehr entdeckt zu haben behauptet...“. Und in der FAZ hieß es (27.10.78): „Wieder einmal wird gegen die Bundeswehr ein psychologischer Großangriff gefahren. Den Streitkräften als Ganzes wird vorgeworfen, sie förderten radikal-reaktionäre Tendenzen. Im Offizierskorps als dem wichtigsten Teilelement der bewaffneten Macht wollen politische Schnüffler einen festen Prozentsatz militärischer Führer mit extrem rechten Neigungen festgestellt haben.“ So war mit einem Schlag aus Wolfgang Gessenharter ein obskurer Wissenschaftler und politischer Schnüffler geworden.

Gessenharter wurde mit einer neuen Dimension der Theorie-Praxis-Verknüpfung konfrontiert. Er merkte damals, dass solche empirischen Studien nicht ohne soziale Folgen bleiben. Zum Beispiel beschwerten sich Studenten bei ihm, dass sie, wenn sie in Uniform im Umkreis der Uni unterwegs waren, von Passanten angesprochen würden, ob sie auch „rechtsextrem“ seien. Seine Schlussfolgerung war so klar wie vorhersehbar: Wissenschaft, insbesondere diejenige, welche gesellschaftliche Realitäten zum Gegenstand hat, darf sich nicht in den Elfenbeinturm fachlicher Diskurse zurück ziehen, sondern muss sich auch den nicht-wissenschaftlichen Reaktionen stellen, indem der dialogische Charakter der Forschung stärker herausgestellt

wird. In diesem Fall bedeutete dies den fortgesetzten Dialog mit den Befragten auch nach Abschluss der Studie, mit der Öffentlichkeit, mit dem Verteidigungsministerium.

Diese dialogische Aufgabe führte dann zu einer kontinuierlichen Auseinandersetzung Wolfgang Gessenharters mit dem Phänomen des Rechtsextremismus in Deutschland, vor allem mit der intellektuellen Neuen Rechten. In einer Vielzahl von Publikationen und öffentlichen Auftritten strebte er immer die Verbindung von wissenschaftlicher Analyse und Information der Öffentlichkeit im Sinne der politischen Bildung an. Im Laufe der Jahre hat Gessenharter zu diesem Thema weit mehr als 100 Interviews in Rundfunk und Fernsehen sowie in Zeitungen gegeben. Etwa 60 Publikationen sind diesem Thema gewidmet. Sein weithin beachtetes Buch von 1994 „Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien“ etwa ist innerhalb eines Jahres zwölftausendmal verkauft worden. 1998 hat Gessenharter zusammen mit Helmut Fröchling den von ihm immer wieder attackierten Verfassungsschutz aus Bund und Ländern nach Hamburg zu einer Tagung eingeladen und mit der Wissenschaft konfrontiert. Die z.T. recht kontroverse Diskussion ist in ein ebenfalls viel zitiertes Buch eingegangen. Dieser Versuch einer trotz aller Unterschiede gemeinsamen Arbeit weniger gegen den parteimäßigen Rechtsextremismus, als vielmehr gegen die neurechte intellektuelle Bewegungselite führte zu einer Tagung des nordrhein-westfälischen Innenministeriums im Jahre 2003, die ebenfalls in einem Sammelband mündete (2004). Im Vorfeld war gegen diese Tagung und ihre Teilnehmer in den neurechten Medien massiv Stimmung gemacht worden, die bis zu einer Anfrage im Düsseldorfer Landtag eskalierte. Gleichwohl ist Gessenharter seit vielen Jahren in Akademien und Stiftungen fast aller politischen Richtungen, wie Konrad-Adenauer-Stiftung, Ebert-Stiftung, Böll-Stiftung, Naumann-Stiftung, den Evangelischen Akademien und andernorts ein gern gesehener Gast zu den Themen und Problemen des rechten Lagers.

Wolfgang Gessenharters öffentliche Streitlust und die Attacken gegen ihn im politischen Raum blieben natürlich auch manchen seiner Studenten nicht verborgen. Sie fanden es offenbar unerträglich, dass ein Professor ihrer Uni gelegentlich in der Öffentlichkeit auch gegen hohe Militärs Stellung bezog, wenn sie sich, etwa im Sinne neurechter, Carl Schmittscher Gedanken – zumeist öffentlich durchaus vorsichtig, und häufig erst nach ihrer Pensionierung – positionierten. Bei einigen Studenten und Kollegen galt er daher als Nestbeschmutzer – ein Etikett, das umso schmerzlicher ist, als Gessenharters dialogisches

Wissenschaftsverständnis eine ständige Einladung zu Gespräch und Verständigung beinhaltet, zu Kritik und Selbstkritik – seiner selbst, aber eben auch der Institution, für die er arbeitet.

Festzuhalten bleibt, dass Gessenharter die deutsche Debatte über die intellektuelle Neue Rechte weit über das akademische Feld hinaus bis heute entscheidend geprägt hat. Dies möchte ich mit Hilfe der von ihm eingeführten und vielzitierten Scharnier-Metapher kurz illustrieren. Diese meint nicht nur – wie die konkurrierende Metapher vom „Brückenspektrum“ - die Verbindungsfunktion der Neuen Rechten zwischen Neokonservatismus und Rechtsextremismus. Sie zielt vielmehr auf deren feste Verankerung in den beiden Lagern. Gessenharter vertritt gegenüber seinen Kritikern die Ansicht, dass mit der Brückenmetapher gegenüber dem Scharnier-Bild ein nur sehr zweifelhafter „Gewinn“ verbunden sei: Die Neue Rechte ist hier normativ eindeutig definiert – und zwar über rein juristische Kriterien – und wird dem Rechtsextremismus zugeschlagen. Empirisch ist damit jedoch genau jenen wichtigen Fragen nicht mehr präzise nachzugehen, wie tatsächlich nachweisbare Netzwerke von Einzelpersonen, Gruppen, Organisationen und Verlagen über die Zeit hinweg in diesem Bereich agieren, wie sie diese Verbindungen in den politisch extremen Bereich knüpfen und wieder lockern, um sich bei nächster Gelegenheit wieder der politischen „Mitte“ zu nähern, und wie sie oft auch alles daransetzen, die verfassungsrechtliche Grenze zum Rechtsradikalismus soweit zu verschieben, dass eben gerade noch keine juristische Nachprüfung erfolgen kann.

An diesem Beispiel wird deutlich, wie Gessenharters Wissenschaftsverständnis zu politischen Folgerungen führt, wenn er auf der Basis seiner Forschungen einen Verfassungsschutz fordert, der seine „Erkenntnisse“ eben nicht nur zum Zwecke der Vorbereitung möglicher staatlicher Sanktionen gewinnt, sondern auch auf den öffentlichen Diskussionsprozess zielt, indem er an der Analyse der vielfältigen Verflechtungen der Neuen Rechten interessiert ist. Immerhin hat Gessenharters eindringliche, von einigen sicher auch als penetrant empfundene öffentliche Einmischung in die Rechtsextremismus-Diskussion dazu beigetragen, dass seit einigen Jahren die „Neue Rechte“ in den Innenministerien ernster genommen wird und in den Verfassungsschutzberichten einiger Länder (NRW, NS) als eigenständiges Phänomen auftaucht.

Gessenharters dialogische Auffassung von Wissenschaft hat aber nicht nur in der Forschung und den aus ihr resultierenden Forderungen an die Politik Spuren hinterlassen. Sie hat, und hier rundet sich das Bild dieses Wissenschaftlers erst ab, auch einen unmittelbaren

staatsbürgerlichen Niederschlag gefunden. Denn sie führte zu einer Reihe von Projekten, in denen es Wolfgang Gessenharter nicht nur um wissenschaftliche Erkenntnis, sondern auch oder besser in erster Linie um Konfliktmanagement bzw. -lösung geht. Hierzu zählen eine Reihe von Bürgerbeteiligungsprojekten, die ich gar nicht alle vorstellen will, sondern nur erwähnen möchte, um das Spektrum seiner Tätigkeiten an der Nahtstelle von Theorie und Praxis, von Wissenschaft und gesellschaftlicher Realität zu skizzieren:

- in Buxtehude: ein Projekt über das Zusammenleben mit Ausländern (1993/94),
- in Hamburg - St. Georg: ein solches über Drogenprobleme am Hauptbahnhof (1998/1999),
- ebenfalls in Hamburg: ein Projekt über die Erweiterung und Modernisierung der Hamburger Messe (2000),
- in Bremen: u.a. ein Projekt mit dem Fußballverein Werder Bremen (2004/05),
- sowie ein über viele Jahre in Hamburg laufendes Schulprojekt „Dialogische Selbstbeobachtung an Schulen und in ihrem sozialen Umfeld“ (1998-2006)

Zu all diesen Projekten liegen Publikationen vor, z.B. als von Gessenharter betreute Dissertationen (z.B. St. Georg, Schulprojekt) und als Abschlussberichte.

Vor diesem Hintergrund einer praxisorientierten Wissenschaft bildete seit Beginn der 80er Jahre das Problem einer nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft einen weiteren Schwerpunkt von Wolfgang Gessenharters Aktivitäten. So war er in den 80er Jahren sehr aktiv bei der „Studiengruppe Entwicklungsprobleme der Industriegesellschaften“ (STEIG e.V.), deren Gründungsmitglieder auch Politiker wie den kurz danach im ersten Kabinett Kohl als Wissenschaftsminister amtierenden Dr. Riesenhuber umfassten. Aus dieser Zeit stammt dann auch eine Herausgeber-Publikation, die den Ende der 80er Jahre heftig diskutierten möglichen Übergang der Bundesrepublik in einen Plutonium-Staat zum Thema hatte. Hier gelang das fast Unmögliche, nämlich Gegner und Befürworter der Atomenergie in einem Sammelband (1989) zusammenzubringen.

Auch den Hafenstraßen-Bewohnern in Hamburg ist Wolfgang Gessenharter bekannt, denn sein Blick ging immer wieder in die Richtung der Frage: Wie geht die Mehrheitskultur mit Minderheiten um? Angesichts der damaligen Aktualität wurde ein diesbezüglicher Reader (1991) fast zu einem „Hafenstraßen-Sammelband“. Gessenharters Hauptthese war damals, dass gegenseitige Verketterung nur zu weiteren Eskalationen führt. Deshalb hat er sich besonders bei den Hafenstraßen-Bewohnern, zu denen er aus persönlichen Gründen Zugang

hatte, dafür eingesetzt, dass sie von ihren Maximalforderungen abgingen und auf einen Kompromiss zusteuerten. Die Hafensstraßen-Bewohner haben ihm und seinen Mitarbeiter Helmut Fröchling diese Hilfe später dahingehend gedankt, dass sie beide Wissenschaftler als zwei Genossenschaftsmitglieder aus ihrem Kontingent benannten.

Die Liste der wissenschaftlichen Tätigkeiten und solcher aus staatsbürgerlicher Verantwortung und die damit zusammenhängenden Verdienste Wolfgang Gessenharters könnte noch ein ganzes Stück verlängert werden. Aber ich will es an dieser Stelle – auch mit Blick auf die Uhr – auf sich beruhen lassen.

Allerdings wäre eine Würdigung von Wolfgang Gessenharters Wirken unvollständig, würde sie nicht auch eine weitere Dimension von „sozialem Umfeld“ der Wissenschaft berücksichtigen: nämlich diejenige des Verhältnisses von Gessenharter zu seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Hier ist höchst Ungewöhnliches zu berichten: So arbeitet Wolfgang Gessenharter bereits seit 30 Jahren und ohne jegliche Eifersüchteleien mit Helmut Fröchling zusammen, der mit ihm dieselben Grundpositionen vertritt. Die Vielzahl der gemeinsamen Publikationen dieser beiden über einen solch langen Zeitraum legen ein beredtes Zeugnis ab über die besonderen Beziehungen zwischen Gessenharter und seinen Mitarbeitern. Er war immer um kollegiale und nachhaltig vertrauensvolle Beziehungen bemüht. Das drückte sich zum Beispiel darin aus, dass man in einer für Außenstehende als Lappalie erscheinende, in Kollegenkreisen aber durchaus ernsten und mitunter delikaten Frage immer gemeinsam darüber beriet, in welcher Namensreihenfolge gemeinsam erarbeitete Publikationen auf den Markt gebracht werden sollten. So scharf Gessenharter nach außen in politischen Grundfragen Positionen beziehen und Abgrenzungen vornehmen konnte, so sehr war er darum bemüht, seinen Mitarbeitern ein unkomplizierter und ihnen in jeder Weise zugewandter Vorgesetzter und Freund zu sein.

Dies möchte ich zum Abschluss mit einem weiteren und nunmehr letzten Exkurs illustrieren, den meine eigenen Nachforschungen unter aktuellen und ehemaligen Mitarbeitern zutage gefördert haben, und der unter den Titel gestellt werden kann: „Soziale Regelsysteme beim Mensa-Besuch - oder: 'Ich bin dran!'“. Diese Begebenheit wirft ein ganz besonderes Schlaglicht auf das „System Gessenharter“ und seine Interaktion mit seiner sozialen Umwelt.

Nicht nur, weil nach verbreitetem Urteil die Professur Gessenharter als ein Hort national unzuverlässiger Linker betrachtet wurde – bei jedem gemeinsamen Essen in der Mensa wurde der Eindruck erweckt – oder bestätigt –, dass zwischen dem Professor Gessenharter und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sogar seiner Sekretärin, ein geradezu unbotmäßig kollegiales – man könnte auch sagen ein dem *genius loci* verpflichtetes kameradschaftliches – Verhältnis bestand. So war die übliche Anredeform das vertraut-vertrauliche Du, und zwar auf Gegenseitigkeit, d.h. auch den Herrn Professor einschließend. Als Gipfel der Insubordination aber ließ sich am Ende jeder Mahlzeit ein Ritual beobachten, dessen Folgen dann anschließend in der Cafeteria vor aller Augen gelebt wurden: kaum hatte die Gruppe Gessenharter dort einen der größeren Tische für sich erobert, blieb eine Person am Tisch zurück, und bekam von den übrigen Mitgliedern der Gruppe als einzige einen bequemen Stuhl mit Lehne hingerrückt. Die auf diese augenfällige Art geehrte Person war im Normalfall nicht etwa der Chef, sondern in nicht klar erkennbarer Reihenfolge jeweils jemand aus dem Gefolge, und noch bei Tisch gab die solchermaßen geehrte Person öffentlich einem anderen Gruppenmitglied ihre Geldbörse. Der Rest der Gruppe begab sich sodann zum Buffet und schaffte für jeden – und natürlich erst recht auch für die am Tisch verbliebene *Laudabilis* – reichlich Kaffee und Kuchen herbei, bezahlt aus dem Portemonnaie des oder der zu Ehrenden. Dabei wurde sehr oft das schwere Tablett vom Chef persönlich zum Tisch getragen. Hatte dieser Kollege Gessenharter – von dem man ja so manches hinter vorgehaltener Hand zu hören bekam – es etwa nötig, sich auf diese Art bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den nötigen Respekt zu verschaffen oder sie auf diese devote Art zu höherer Leistung zu motivieren?

Die wahre Ursache dieses unverständlichen Rituals lag woanders: Sie war ein Stück Traditionspflege, die den Professor Gessenharter als einen durchaus struktur- und wertkonservativen Hochschullehrer ausweist: Bereits in seinen Freiburger Studentenzeiten hatte er sich gemeinsam mit Freund Fred Elsner darüber geärgert, dass sich viele Kommilitonen in der Mensa zwar immer gern zu einem *Café après* einladen ließen, sich aber genauso gern davor drückten, auch einmal selbst eine Runde auszugeben. Aus Gerechtigkeitsgefühl beschlossen die beiden eine neue Regel, die sie fortan praktizierten und die Wolfgang Gessenharter als südwestdeutsches Kulturgut ab 1973 an seiner Hamburger Professur einführte. Diese Regel lautet: Es wird nicht gewartet, bis die potenziell peinliche Situation eintritt, in der alle darauf warten, dass schlussendlich jemand sagt: „Du bist jetzt aber endlich mal dran!“. Vielmehr wurde bereits während des Hauptgerichtes ein Wettbewerb eröffnet, freiwillig dran sein zu dürfen! Sobald sich nämlich die Teller der Gruppenmitglieder

leerten, beobachtete jeder jeden, um als erster festzustellen, dass niemand mehr kaute. Dann – und erst dann – war der Wettbewerb eröffnet – und wer als erster blitzschnell vor den anderen den Satz sagte: „Ich bin dran!“ und seine Geldbörse der Gruppe erfolgreich auslieferte, hatte im Folgenden die Ehre, eine Runde Kaffee und Kuchen ausgeben zu dürfen. Als erkennbare Belohnung genoss er oder sie dann das Privileg, den besten und bequemsten Platz am gemeinsamen Tisch einnehmen und sich vom Rest der Gruppe - und damit auch von seinem Chef als Gruppenmitglied - bewirten zu lassen. Im Laufe der vielen Jahre, in der dieses Ritual praktiziert wurde, trat meinen Recherchen zufolge nicht ein einziges Mal der Fall ein, dass niemand seine Börse in den Ring geworfen hatte. Im Gegenteil: alle wetteiferten so intensiv darum, dran sein zu dürfen, dass angesichts der unzähligen Patts immer neue Verfeinerungen der Regel eingeführt werden mussten, um Verfahrens- und Ergebnisklarheit zu bekommen, d.h. letztlich *eine* obsiegende Person aus dem Wettbewerb hervorgehen zu lassen. So entstand rein empirisch ein differenziertes Regelsystem, das bei Bedarf gemeinsam und ohne jede autoritäre Setzung im Konsens weiterentwickelt und angewendet worden ist. Eine wahrhaftige soziale Innovation!

Mit Wolfgang Gessenharter verlässt ein Kollege die Helmut-Schmidt-Universität, die Universität der Bundeswehr Hamburg, der auf besonders markante Weise die Rolle des Wissenschaftlers nicht aus dem Fach, dem Feld oder der Methode, sondern aus einem demokratischen Gesellschaftsverständnis heraus aufgefasst, weiter entwickelt und praktiziert hat. Sein theoretisches Interesse an der „sozialen Umwelt“ politischer Akteure und Institutionen hat er, wie ich zu skizzieren versucht habe, auf vielfältige und folgenreiche Weise interpretiert und in die Praxis umgesetzt. Er hat seine wissenschaftliche Tätigkeit immer als Bürger und im Dienst der Gemeinschaft gesehen. Und das lässt die sicher kaum bestreitbare Vermutung zu, dass Wolfgang Gessenharter in seinem Ruhestand kein Ruheständler sein, sondern uns allen als anregender Unruheherd, als Citoyen und Wissenschaftler, erhalten bleiben wird..

Dir, lieber Wolfgang wünsche ich für diese Zeit weiterhin die Kraft und die Ideen, die vielen Dialoge, die Du in der Wissenschaft, in der Politik und in Deinem unmittelbaren sozialen Umfeld begonnen hast, noch lange fortzusetzen.

Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter

Abschiedsvorlesung am 19.4.2007

Der Öffentlichkeit verantwortlich – Eine subjektive Bilanz

Sehr geehrter Herr Ehrensenator Ministerialrat a.D. Radbruch, sehr geehrter Herr Präsident, Spectabilis, liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Als ich mich entschloss, meinen Abschied aus meinem Professorenamt in einem größeren Kreis zu feiern, musste ich nicht lange überlegen, worüber ich am Ende meiner amtlichen Tätigkeit Bilanz ziehen sollte. Ich hatte von Anfang an meine Lehr- und Forschungstätigkeit insbesondere mit dem Ziel verknüpft, politische Theorie und politisch-praktische Fragestellungen möglichst eng miteinander zu verbinden. Schon in meinem Vortrag vor der Berufungskommission im März 1973 wollte ich „Politische Theorie“ so verstanden wissen, dass sie der Politikwissenschaft hilft, Aussagen derart zu formulieren, dass sie praktische Probleme analysieren und dann Lösungen zuführen kann. Dies bedeutet natürlich, Politikwissenschaft so zu betreiben, dass sie fest in der Öffentlichkeit verankert ist. Diese Verankerung ist dreifach: 1. Politikwissenschaft greift öffentliche Probleme auf, 2. sie versucht, diese Probleme zusammen mit der Gesellschaft zu lösen, und deshalb 3. bedarf sie einer der Öffentlichkeit verständlichen Sprache.

Wenn ich hier von Öffentlichkeit spreche, dann meine ich spezifischer *politische* Öffentlichkeit und damit jenen Kommunikationsraum, in dem das verhandelt wird, was mit einem etwas altertümlichen Wort als „Gemeinwohl“ benannt ist. Zu diesem Raum hat prinzipiell jeder Zutritt und kann dort agieren und für seine Ziele werben. Neben den unterschiedlichsten Interessengruppen, neben Experten, Intellektuellen, vor allem natürlich den politischen Entscheidungsträgern sind es die Medien, die in vielfältiger Weise für die Abläufe in diesem Kommunikationsraum prägend sind. Es gehört zu den essentials unserer Demokratie, dass 1. Politik in dieser Öffentlichkeit ausgehandelt, dabei 2. eine übermäßige Vermachtung verhindert werden soll und 3. vor dieser Öffentlichkeit abgeschirmte sog. Arkanbereiche begründungspflichtig sind. Im Laufe meiner Hochschultätigkeit habe ich erfahren, dass diese essentials für die Förderung von Demokratie ebenso unverzichtbar wie immer auch gefährdet sind. Das Thema meiner Abschiedsvorlesung bezieht sich letztlich auf diese beiden genannten Aspekte: Wo war es mir wichtig, die Gesellschaft betreffende Belange in die Öffentlichkeit zu bringen, so dass sie dort diskutiert werden konnten? Wo sah ich Gefährdungen der Öffentlichkeit, gegen die ich mich wenden musste? Sie sehen, ich erlaube mir, *meine* Sichtweisen der Dinge hier in den Vordergrund zu stellen.

Als ich mich als Assistent an der Universität Freiburg vor ziemlich genau 34 Jahren auf meine Professur bewarb und sie dann zum 1.10.1973 antrat, konnten nur wenige aus meinem Bekannten- und Freundeskreis meine Entscheidung verstehen. Sicherlich freuten sie sich mit mir darüber, dass ich nun beruflich festen Boden unter den Füßen hatte. Aber diese – damals noch so genannte – Hochschule der Bundeswehr war nicht nur verfassungsrechtlich eine prekäre Besonderheit (Kultusfragen waren schon immer eine peinlich gehütete Domäne der Bundesländer); insbesondere aber waren militärische Fragestellungen, auch nach Aufstellung der Bundeswehr, aus den Universitäten verbannt – es sei denn, man gab von dort seiner prinzipiellen Gegnerschaft zu allem Militärischen demonstrativen Ausdruck. Ich erinnere mich noch gut, dass manche meiner politisch sehr links stehenden Studenten und

Assistentenkollegen in Freiburg, mit denen ich trotz meiner Verortung in einem sehr konservativen Institutsumfeld kritische, aber faire Diskussionen führen konnte, mir nun vorhielten, durch diese Rufannahme zeigte ich mein wahres, eben doch konservativ-militaristisches Gesicht. Meine Entgegnung, die Bundeswehr sei ein bedeutender Machtfaktor, den man nicht nur sich selbst überlassen dürfe, beruhte u.a. darauf, dass ich in einer meiner ersten selbständig durchgeführten Lehrveranstaltungen an der Uni Freiburg bei der Analyse der ja gerade erst verabschiedeten Notstandsverfassung sah, welche wichtigen Aufgabenbereiche bei einem inneren Notstand der Bundeswehr zugeteilt worden waren. Zugleich schreckte mich die – mir auch durch meinen Vater, der den ersten Weltkrieg als einfacher Soldat durchlitten hatte, nahegebrachte – deutsche historische Erfahrung einer Armee als Staat im Staate, die sich einer demokratischen Kontrolle durch Politik und Gesellschaft entziehen konnte. Gerade weil ich nicht bei der Bundeswehr gedient hatte – bei Beginn meines Studiums war ich dafür noch zu jung, wurde dann zurückgestellt, und nach meiner Promotion war ich zu alt –, konnte ich mir eine kritische Begleitung der Bundeswehr für mich gut vorstellen. Ich sah mich nämlich, wie ich es später oft genannt habe, als „gelernten Zivilisten“, d.h. militärischer Betriebsblindheit war ich unverdächtig. So fiel mir beispielsweise damals sofort ein Offizier aus dem Lehrstab der Heeresoffizierschule auf, mit der wir noch einige Wochen gemeinsam das hiesige Gelände teilten. Sein nagelbetontes Auftreten wie sein Uniformschnitt erweckten bei mir Assoziationen an Filme über die Wehrmacht. Auf Nachfrage erfuhr ich, dass er zwar erlasswidrig seine Uniform wehrmachtsmäßig taillieren ließ, man dies aber duldet, weil er „halt etwas kauzig“, aber doch „ein guter Offizier“ wäre. Später habe ich solch selektiven Gehorsam, wo er mir begegnete, nicht mehr nur verärgert-staunend hingenommen.

Dazu ermunterte mich natürlich vor allem das Bild vom Offizier, wie es in den Ausbildungsgrundlagen für diese neue Hochschule (und die in München) vorgezeichnet war: Ein akademisch gebildeter *Staatsbürger*, der in einer Armee Dienst tut, die als Wehrpflicht- und Parlamentsarmee in vielfältiger Weise in der Öffentlichkeit und als Machtfaktor unter strikter öffentlicher Kontrolle steht. Ein der Öffentlichkeit abgewandter, sich ihr verschließender Corpsgeist, ein die pluralistische Demokratie argwöhnisch betrachtender Komment – solche Haltungen sollten nie wieder Platz greifen. Wie die Älteren unter uns sich vielleicht noch erinnern, hatten sich solche Einstellungen Ende der 60er Jahre bei hohen Generälen in ihrer öffentlich geäußerten skandalösen Forderung Luft gemacht, „die Maske der Inneren Führung fallen zu lassen“. Helmut Schmidt, der Namensgeber unserer Universität, hat Anfang der 70er Jahre als Verteidigungsminister durch eine große Bildungs- und Ausbildungsreform in den Streitkräften, zu der eben auch die Gründung unserer beiden Hochschulen gehörte, klare gegenläufige Akzente gesetzt. Die eben erwähnte Generalskrise, auf die Helmut Schmidt zusätzlich noch durch harte personelle Entscheidungen scharf reagierte, hat bis heute keine Neuauflage mehr erfahren, was nicht heißt, dass seitdem doch manche hohe und höchste Offiziere aus dem Ruder liefen (siehe z.B. den Fall Günzel), oft jedoch erst, nachdem sie aus dem aktiven Dienst ausgeschieden waren. Wenn mir solche Fälle bekannt wurden, habe ich später nicht gezögert, in der Öffentlichkeit durch Wort und Schrift Kritik zu üben.

Als wichtiges Segment solcher Öffentlichkeit galt für mich immer die akademische Lehre sowie der öffentliche Vortrag, und dann zunehmend das medienvermittelte Gespräch, bis hin zum Kurzinterview. Vorlesungen an einer Universität sind öffentlich, sie repräsentieren eine Teilöffentlichkeit, und zwar nicht erst dann, wenn ‚von außen‘ Gasthörer anwesend sind. Ich empfand es immer als eine Selbstverständlichkeit, aktuelle politische oder gesellschaftliche Probleme in Seminaren und Vorlesungen anzusprechen. Dabei erinnere ich mich gerne an manch lebhaft-strittige Diskussion, die ich mit solchen Problemerkörterungen bei den

Studierenden auslöste. Hier erfuhr ich von Anfang an regelmäßig *auch* Kritik solcher Art, dass es selbstverständlich legitim und auch für die Bundeswehr hilfreich sei, Dinge beim Namen zu nennen, jedoch bitte schön innerhalb der Institution Armee. Denn solche Dinge nach außen zu tragen, sei schlicht Nestbeschmutzung. Ich würde mich freuen, wenn meine Vermutung zuträfe, dass solche Vorwürfe heute eher seltener geworden sind, obwohl es immer wieder Gruppen von Studierenden gibt, die – noch immer oder schon wieder? – diesem Corpsgeist-Denken verhaftet sind.

Mit einem hatten solche studentischen Kritiker allerdings Recht, liefen damit aber bei mir offene Tore ein: Die Berichterstattung über Bundeswehr in den Medien hat ihr eigenes Format, das es in Rechnung zu stellen gilt. Viele Medien stehen Bundeswehr-Themen nämlich sehr distanziert gegenüber – es sei denn, es handelt sich um veritable Skandale. In diesem Falle ergibt sich ein spezifischer Ablauf: Nach solcher Skandalberichterstattung seitens der Medien reagiert die Bundeswehr fast immer mit dem Hinweis, es handele sich um bedauerliche Einzelfälle, die unnachlässig geahndet würden. Welche Umstände zu solchen Ereignissen geführt hatten, wird in der Öffentlichkeit jedoch nur selten einmal erörtert. Ein Beispiel aus der Frühzeit unserer Universität ist der Fall des in den 80er Jahren wohl bekanntesten Neonazis, Michael Kühnen. Der hatte, wie ich von einem seiner Schul- und späteren Offizierskameraden persönlich erfuhr, schon während seiner Schulzeit und seiner bis zum Leutnant fortgeschrittenen Bundeswehr-Karriere nie ein Hehl daraus gemacht, dass er bekennender Nationalsozialist und Hitler-Verehrer wäre. Erst als er 1976 hier an der Universität als studierender Offizier mit dieser Einstellung doch ziemlich bald bei den Dozentinnen und Dozenten auffiel, wurde er vom Dienstherrn wie eine heiße Kartoffel fallen gelassen. Völlig unausgeleuchtet ist bis heute, wie er es mit dieser ganz und gar offen zur Schau gestellten Nazi-Haltung immerhin bis zum Leutnant und zu einem Studienplatz an unserer Universität bringen konnte.

So viel hat sich seit damals im Ablaufmuster der Behandlung eines Skandals offenbar nicht geändert, wie der Fall der kürzlich bekannt gewordenen obszönen Fotos von Bundeswehrangehörigen mit Gebeinen verstorbener Afghanen zeigt. Nach der Skandalisierung folgte die öffentliche Verdammung, eine tiefergehende Erörterung von Gründen für dieses soldatische Fehlverhalten fand meines Wissens bislang nicht statt.

Angesichts dieser immer wieder festgestellten gleichen oder ähnlichen Abläufe entschied ich mich zunehmend dahingehend, dass ich eine positive Antwort auf Interviewanfragen davon abhängig machte, ob mir vorher zugesichert wurde, dass auch die Gründe für Fehlverhalten zur Sprache kommen würden, selbst wenn es sich nur um kürzere Interviews handeln würde. Hier will ich nur kurz anfügen, dass die für ein Interview zur Verfügung stehende Zeit nicht zwangsläufig mit der Qualität bzw. Seriosität eines Interviews korreliert. Auch kurze zweiminütige Auftritte können durchaus aufklärend und informativ sein, und manchmal ist eine knappe provokante Aussage erst einmal nötig, um einen Sachverhalt überhaupt ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Bei dieser soeben geschilderten bedauerlichen Kurzgriffigkeit der Informationsabläufe, an der sich nach meiner Einschätzung bis heute nicht viel geändert hat, war die von mir selbst geforderte Verantwortung vor der Öffentlichkeit oft nur schwer zu realisieren, und wenn dann mit Hilfe einiger – eher weniger – Journalisten, die eben nicht an Skandalisierung der Bundeswehr interessiert waren, sondern an seriöser, kritisch-konstruktiver Begleitung. Ich erwähne hier gerne beispielhaft die regelmäßige NDR-Rundfunksendung „Streitkräfte und Strategien“. (Ähnliches gilt auch für die beiden liberalen überregionalen Tageszeitungen.)

Natürlich barg die Öffentlichkeit, d.h. die mediale Öffentlichkeit, für mich nicht nur Mitsondern auch Gegenspieler. An einem Beispiel, das mich, den damals jungen Professor doch stark verunsicherte, will ich Ihnen verdeutlichen, wie Presseorgane ihnen unliebe Informationen zu konterkarieren versuchten. Michael Minkenberg hat in seiner Laudatio schon auf unsere Rechtsextremismus-Studie von 1978 verwiesen. In welcher Art und mit welcher Wortwahl sich hier die konservative überregionale Presse hinter eine vermeintlich von uns insgesamt angegriffene Bundeswehr stellte, war schon bemerkenswert. Die Behauptung nämlich, wir griffen die Bundeswehr insgesamt an, war eine Konstruktion, die völlig neben der Sache lag, aber auf einer gezielten Fehlinformation der größten Hamburger Zeitung beruhte, die bis in die FAZ und in die „Welt“ ungeprüft übernommen wurde. Des weiteren wurde in letzterer Zeitung eine richtig stellende Presseerklärung aus unserer Feder mit nur wenigen Veränderungen – wirklich ‚kunstvoll‘ – glatt in ihr Gegenteil verkehrt. Und hätte man uns doch gleich offen als „Ratten“ bezeichnet, dann wäre die Herkunft dieses Stilmittels in einem dortigen Kommentar nicht mehr zu leugnen gewesen. Aber auch die auf uns gemünzte Bezeichnung „kleine Nager“ konnte nur schlecht kaschieren, aus welcher unseliger Tradition offenbar sich noch einige verbal bedienten. So mancher meiner Studenten hat später diese Zeitungsausschnitte in unserer Pressemappe mit Fassungslosigkeit gelesen und sich die Augen öffnen lassen bzw. öffnen lassen müssen.

Vergessen sollte man vielleicht in diesem Zusammenhang nicht, dass unser Buch nur wenige Wochen nach dem erzwungenen Rücktritt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger erschien, ein Rücktritt, der, wie wir gerade in diesen Tagen wieder sehen konnten, Teile des deutschen Konservatismus zutiefst verunsicherte. Von dieser Seite wurde jedoch in diesem Klima mir bzw. uns damals ganz selbstverständlich das Etikett „links“ angeheftet. Bei den späteren und bis heute immer wieder geradezu gebetsmühlenhaft vorgetragenen Anwürfen an meine Adresse, linksradikal bzw. sogar linksextrem zu sein, war jedoch eine dieser Attacken vor wenigen Jahren von besonderer Qualität: Nahezu wortgleiche Artikel in einem großen konservativen Sonntagsblatt und in einer bekannten bayerischen Parteizeitung fußten auf einer rechtsextremen Quelle – nachweislich: Denn gemäß dem offenbaren Motto „Parteilichkeit steht vor Information“ schrieb man von dort ohne irgendeine eigenständige Überprüfung der Sachlage einfach zum Teil wörtlich ab – verräterischer Weise sogar einen falsch geschriebenen Familiennamen.

Bilanziere ich bis hierhin meine Erfahrungen, so ziehe ich ein ambivalentes Fazit: In den beiden Themenbereichen Bundeswehr bzw. Rechtsextremismus, wobei quantitativ der letztere bei mir der zunehmend umfangreichere wurde, war (und ist teilweise immer noch) eine Informationsstruktur vorherrschend, die eine typische Wellenbewegung aufweist. Informationsüberladung (oft nur von kurzer Dauer) einerseits und Ausbleiben jeglicher Information andererseits (oft über einen längeren Zeitraum hinweg) wechseln sich ab. D.h.: In den öffentlichen Aufmerksamkeitsfokus rücken ausschließlich Skandale oder was dazu stilisiert werden kann. Dann jedoch überschlagen sich die Informationsangebote, was wiederum oft recht schnell bei der Bevölkerung einen Informationsüberdruß zur Folge hat, der seinerseits einer kontinuierlichen Themenbehandlung in der Öffentlichkeit im Wege steht. Ich nehme in letzter Zeit mit Freude zur Kenntnis, dass etwa der Norddeutsche Rundfunk dem Thema „Rechtsextremismus“ eine fast schon kontinuierliche Berichterstattung (übrigens mit sehr guter eigener Recherchequalität!) widmet. Inhaltlich war mir in den letzten 15 Jahren wichtig, durch meine eigenen Aktivitäten dazu beizutragen, dass wir beispielsweise heute unter dem Stichwort Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit nicht mehr ausschließlich das Zerrbild grölender und sich neonazistisch gebärdender Jugendlicher geboten bekommen – nur ungern erinnere ich mich daran, dass jahrelang dieselben alten Filme und Bilder solcher Jugendlicher bei einschlägigen Berichten eingespielt wurden. Heute wird realistischer Weise

zunehmend darüber informiert, dass und wie sich der Rechtsradikalismus und eine intellektuelle Neue Rechte in die Mitte der Gesellschaft hineinzumogeln versuchen. Ich bin froh, dass es gelungen ist, dass die schon immer falsche und zudem die Gefahr verniedlichende Gleichung „rechts ist gleich dumm“ einer realistischeren Einschätzung Platz macht, nämlich dass – wie gesagt – das Gedankengut aus der Rechtsaußen-Ecke sich auch heute immer noch – oder schon wieder? – in der Mitte der Gesellschaft festzusetzen droht. Einwirkungspunkte dafür sind etwa dort, wo die Furcht vor Terrorismus das immer prekäre Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit zugunsten letzterer zu kippen scheint; oder wo zunehmende ökonomische und/oder kulturelle Orientierungslosigkeit zur Abwertung alles Fremden führt, so dass etwa der Gleichheitsartikel 3 des Grundgesetzes auszuhöhlen droht.

Bisher habe ich hauptsächlich von Öffentlichkeit als medialer Öffentlichkeit gesprochen. Die Tätigkeit in diesem Bereich verschaffte mir im Laufe der Zeit zunehmend mehr Möglichkeit, durch Vorträge in Stiftungen, Akademien u.a. Bildungseinrichtungen auf die dortigen Kommunikationen einzuwirken (seit Anfang 1996 etwa 110 öffentliche Auftritte). Hier lag meine Verantwortlichkeit in erster Linie darin, das Publikum mit überprüfbaren und überprüften Informationen in den Zustand zu versetzen, sich über das Vortragsthema eigene Gedanken zu machen und oftmals auch kontrovers zu diskutieren. Dies war gerade bei Vorträgen zur Neuen Rechten nicht einfach, weil vielfach große Scheu bestand, sich mit Themen, Thesen und Werten kritisch auseinander zu setzen, die in der konservativen Öffentlichkeit oft als unbefragtes Gemeingut gehandelt wurden.

War ich als Referent in diesen Situationen natürlicherweise die inhaltlich anregende und treibende Kraft, so gab es weitere Gelegenheiten, in denen ich weniger inhaltlich, als vielmehr prozessual in öffentliche Kommunikationsvorgänge eingreifen konnte. In den letzten knapp fünfzehn Jahren hatte ich in fünf Projekten, die zwischen einem halben Jahr und anderthalb Jahren dauerten, die Möglichkeit, durch Einbeziehung von Öffentlichkeit dahinschwebende öffentliche Konflikte zu moderieren, um sie einer möglichst alle zufriedenstellenden Lösung zuzuführen. Im ersten Projekt zu Beginn der 90er Jahre handelte es sich darum, in einer norddeutschen Kleinstadt das höchst angespannte Verhältnis zwischen Einheimischen und Asylbewerbern in sozialverträgliche Bahnen zu lenken. Im nächsten Projekt wollte man im Umfeld des Hamburger Hauptbahnhofs die vielfältigen Probleme der Bevölkerung mit Drogenabhängigen und –dealern in den Griff bekommen. In den beiden weiteren großen Projekten ging es darum, im Zusammenhang mit der Modernisierung der Hamburg Messe eine gemeinsame Planung zwischen deren Betreiber und den umliegenden Quartieren zu organisieren bzw. in Bremen das gespannte Verhältnis zwischen Werder Bremen und den Anwohnern am Weserstadion zu normalisieren und zu einem Miteinander zu gelangen.

In jedem dieser Projekte sah ich es als meine zentrale Aufgabe an, die jeweilige Öffentlichkeit in eine aktive Rolle zu bringen. Das war nicht immer leicht, weil viele Bürgerinnen und Bürger unsere Offerte zum Mitmachen erst einmal als unverbindlichen Gag ansahen. Erst meine jeweilige strikte Zusicherung, die ich mir vom Auftraggeber bestätigen ließ, dass nämlich von diesen Teilöffentlichkeiten erarbeitete Vorschläge entweder umgesetzt würden oder ihre Ablehnung öffentlich von Politik bzw. Verwaltung begründet würde, erhöhte markant die Teilnahmebereitschaft. Nicht nur einmal stand übrigens die Entscheidung der verantwortlichen Politiker bzw. Fachleute, mir das Projekt zu übertragen, auf der Kippe, wenn ich in aller Deutlichkeit meine Selbstverpflichtung kundtat, mich nicht für die Inszenierung einer demokratischen Spielwiese zur Verfügung zu stellen, sondern den partizipationswilligen Bürgerinnen und Bürger – gleichsam in ihrer Rolle als Souverän und als Experten vor Ort – einen zentralen Part zukommen zu lassen. Von Seiten dieser Politiker bzw. Verwaltungsfachleute befürchtete man meistens Machteinbußen oder Einschränkung ihrer

Verantwortlichkeit. Um andererseits allen Verdächtigungen bei den Bürgerinnen und Bürgern entgegenzutreten, letztlich doch ausschließlich im Sinne der Auftraggeber zu wirken, machte ich immer zur Bedingung, die Projekte später einer wissenschaftlichen Analyse unterziehen zu können bzw. in Doktor- oder Diplomarbeiten unterziehen zu lassen, die selbstverständlich veröffentlicht würden. Ich erwähne – durchaus mit Freude und auch ein bisschen Stolz –, dass alle genannten Projekte, von denen einige anfänglich fast unlösbar schienen, zu meist allseitig getragenen Ergebnissen führten, die sich dann auch in der Umsetzungspraxis weitgehend bewährten. Dass allein schon die dabei anfallenden finanziellen Kosten bei Bruchteilen dessen lagen, was gerichtlich erstrittene Lösungen erfordert hätten, dürfte auf der Hand liegen, wenn man nur allein auf den Faktor Zeit sieht. Die Auseinandersetzungen um die Verlängerung der Finkenwerder Airbus-Startbahn können als ein abschreckendes Beispiel dafür gelten. Ich war und bin immer wieder bei meinen Projekten erstaunt, welchen rationalisierenden, disziplinierenden und damit zeitlich wie sachlich effektivierenden Einfluss es hat, wenn Öffentlichkeit in die Verfahren intensiv eingebunden ist und nichts vor ihr verheimlicht werden kann. Für diese ganzen Erfahrungen bin ich allen sehr dankbar, die mir dazu verholfen haben.

Diese meine Befunde, die übrigens vor dem nationalen wie internationalen Erfahrungshintergrund nicht ungewöhnlich sind, widersprechen der oft gehörten Ansicht, dass die Menschen üblicherweise viel zu bequem, zu unpolitisch, überhaupt politikverdrossen seien, um in öffentlichen Angelegenheiten aktiv mitzuwirken. Meine langjährige Erfahrung besagt hingegen, dass überall da, wo die Öffentlichkeit nicht nur als passiver Zuschauer „mitspielen“ darf, sondern wo sie *effizient und effektiv* sich einmischen kann, ihre Aufgabe als Souverän gerne übernimmt. Natürlich handelt es sich dabei meistens nur um kleinere Anteile der infrage kommenden Bevölkerung. Doch diese wachsen dann oft in eine Stellvertreter-Rolle hinein, die von den übrigen Mitbürgern akzeptiert wird. Ich habe immer bedauert, dass in der veröffentlichten Meinung diese positiven Erfahrungen kaum einer Nachricht wert waren, obwohl sie gegenüber dem, was man so hört, einen erheblichen Informations-, weil Neuigkeitswert besitzen. Nach dem bekannten Satz „bad news are good news“ war vielmehr dann mit einem Großaufgebot an Presse zu rechnen, wenn Schwierigkeiten zu erwarten waren oder gar über das Scheitern des Projekts gemunkelt wurde. Das konnte aber weder die Beteiligten noch mich bzw. uns in der Regel aus der Fassung bringen.

Im übrigen hatte solche Beteiligung üblicherweise bei den Partizipanten eine enorme zivilgesellschaftliche Wirkung. Schlagwortartig kann man sagen: Wer eine gute Partizipationserfahrung gemacht hat, ist für den Rechtsextremismus rettungslos verloren. Er weiß nämlich jetzt aus eigener Anschauung, wie schwierig das politische Geschäft sein kann und dass dort Worthuberei nur stört, dass aber Kompromisse meist unumgänglich und oft auch gar nicht so schlecht sind. Insofern gehört für mich die positive Erfahrung aus diesen Beteiligungsprojekten mit zu den schönsten Erlebnissen in meiner Berufswelt.

Als ich in den letzten Jahren anfang, meine Studierenden sowohl theoretisch als vor allem auch ganz praktisch in diese Projekte einzufädeln, hat mich das äußerst positive Echo von studentischer Seite insofern nicht überrascht, weil sie hier einen unmittelbaren Zugang fanden zu einer beruflichen Situation, die nach ihrem Studium ihre ganze Aufmerksamkeit abverlangen wird: nämlich Regelung von Konflikten, sei es bei Auslandseinsätzen, sei es im ganz normalen dienstlichen Alltag.

Zum Abschluss ein kurzes Resümee: Meine Absicht, Politikwissenschaft in praktischer Absicht zu betreiben, sie also so unmittelbar wie möglich dem *bonum commune* zu verschreiben, sie dem öffentlichen Wohl zu widmen, wie sie auch vor der Öffentlichkeit zu

verantworten, hat mich im Laufe meines beruflichen Lebens auf Wirkungsfelder geführt, die ich mir nicht aus einer Palette von Alternativen ausgesucht habe, sondern die mich eher „ansprangen“. Auf diesen Feldern – also 1. Armee in einer Demokratie, 2. Traditionsbestände aus vor- und antidemokratischen Zeiten in Gestalt von Rechtsextremismus und Neuer Rechter, und 3. unmittelbare Bürgerbeteiligung bei der Regelung wichtiger und brisanter öffentlicher Konflikte – auf diesen Feldern also erwarteten mich sehr unterschiedliche Arenen mit sehr unterschiedlichen Partnern bzw. Konfliktpartnern. Einige von ihnen zwangen mir Gegnerschaft bis auf den heutigen Tag auf, wobei mir in Gestalt umsichtiger Medienvertreter wertvolle Hilfe erwuchs. In den Beteiligungsprojekten dagegen konnte ich das Gefühl, dass meine Hilfe gebraucht und auch geschätzt wurde, oft sehr unmittelbar erleben. Das gab mir in den letzten Jahren immer mehr Mut, die Konflikte mit Vertretern rechtslastiger Traditionsbestände als notwendige Kämpfe zu sehen, um den Boden für aktive, demokratische und pluralistische Beteiligung der Bevölkerung an ihren Themen zu sichern und wenn möglich zu erweitern. Die derzeit uns allen präsente Diskussion um die Verschärfung der Maßnahmen zur Inneren Sicherheit oder die Diskussion um die Trauerrede des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Öttinger für Hans Filbinger mit ihrem Schlaglicht auf vorhandene problematische Traditionsbestände zeigen exemplarisch doch deutlich, wie sehr es nötig ist, die Grundlagen unserer staatlichen Gemeinschaft ständig aus dem Geist von Pluralismus und Demokratie heraus und auf der Basis der Menschenrechte und der Unantastbarkeit der Menschenwürde zu pflegen. Ich werde daran weiter arbeiten.

Dass ich bei meiner bisherigen beruflichen Tätigkeit immer auch auf die Zusammenarbeit und Hilfe meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und vieler mir nahestehender Menschen in der Universität, in der weiteren Kollegenschaft und bei Vertretern von Medien und Politik, und selbstverständlich in meinem privaten Lebenskreis zählen konnte, will ich – last but not least – mit großer Dankbarkeit erwähnen. Dass ich hier und heute eine große Zahl aus diesen verschiedenen Kreisen versammelt finde, freut mich außerordentlich. Ich habe Sie aus diesen verschiedenen Kreisen zum jetzt anschließenden Empfang in der Bibliothek eingeladen, wo ich dann meinen Dank auch ganz persönlich aussprechen kann. Allen anderen hier Anwesenden danke ich für die freundliche Anteilnahme an meiner Verabschiedung.